



Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion sowie dem Stadtverordneten des Forums Neues Raunheim

Resolution

1. An die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim wird appelliert, die zusammen mit der Stadtverordnetenversammlung in Raunheim erarbeitete und beschlossene vertragliche Grundlage zum Betrieb eines gemeinsamen Bau- und Betriebshofes in vollem Umfang zu bewahren und die noch ausstehenden Maßnahmen zur vollständigen Erreichung des vertraglich Vereinbarten zügig voranzutreiben.
2. Zur Vermeidung der Beschädigung gut nachbarschaftlicher Beziehungen und damit auch der weit vorgeschrittenen Zusammenarbeit in unterschiedlichsten Aufgabenbereichen hegt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Raunheim die Erwartung, dass es zu keinerlei Bemühungen seitens der Stadt Rüsselheim kommt, die gemeinsame vertragliche Grundlage infrage zu stellen.

Begründung

Die Stadtverordnetenversammlungen in Rüsselsheim und Raunheim haben den Magistraten der beiden Städte nach sorgfältiger Beratung am 26.3.2015 den Auftrag erteilt, finale Regelungen zur Realisierung eines gemeinsamen Bau- und Betriebshofes zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Diesem Beschluss gingen umfängliche und regelmäßig erfolgte Informationen durch die Magistrate sowie das beauftragte Unternehmen *Teamwerk AG* voraus. Selbst eine Besichtigung des gleichfalls in Form einer AöR erfolgreich organisierten gemeinsamen Bau- und Betriebshofes der Städte Dreieich und Neu-Isenburg war Teil des umfänglich ermöglichten Informationsspektrums.

In den Informationsveranstaltungen für alle politischen Mandatsträger am 17.2.2015 und 9.11.2015 wurde über die jeweils aktuellen Arbeitsstände informiert und hinreichend die Möglichkeit eröffnet, Fragen oder Bedenken zu äußern. Zusätzlich berieten Fraktionen stadtübergreifend die vorgesehenen Regelungen.

In den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen in Raunheim am 19.11.2015 und Rüsselsheim am 26.11.2015 wurden schließlich die Beschlüsse gefasst, zukünftig einen gemeinsamen Bau- und Betriebshof betreiben zu wollen, für diesen einen neuen Standort zu nutzen, entsprechend zu bebauen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Eigenbetriebe in die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR überzuleiten.



Leider müssen wir wahrnehmen, dass nach der Kommunalwahl im März diesen Jahres die Absicht einzelner Fraktionen besteht, die gemeinsam erreichte Vertragsgrundlage kündigen und/oder mit dem Ziel der Attestierung einer Unwirksamkeit rechtlich anfechten zu wollen.

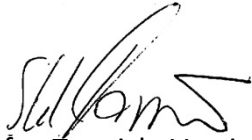
Die Stadtverordnetenversammlung ist von diesem Vorgehen enttäuscht. Es entspricht nicht der Kultur interkommunaler Zusammenarbeit, dass geschlossene Verträge nach wenigen Monaten infrage gestellt und angefochten werden. Durch derlei Maßnahmen wird die Vertrauensbasis, die eine wesentliche Grundlage für erfolgreiche Kooperation von Nachbarstädten darstellt, maßgeblich erschüttert.

Für bedenklich halten wir die öffentlich erklärten bzw. bekannt gewordenen Vorhaben für einen Ausstieg aus der gemeinsam geschaffenen Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AÖR auch deshalb, weil hierdurch eine erhebliche Verunsicherung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsteht, die gerade dabei waren, sich in den durch Beschluss der höchsten Organe der Städte Rüsselsheim und Raunheim geschaffenen gemeinsamen Bau- und Betriebshof zu integrieren.


Abschließend appellieren wir an die Stadtverordneten der Stadt Rüsselsheim, die gut nachbarschaftlichen Beziehungen und die durch gute Kooperationsleistungen bereits erreichten interkommunalen Projekte nicht zu beschädigen. Der Bruch einer gemeinsamen Vertragsgrundlage würde zweifelsohne zukünftigen Vorhaben die Vertrauensgrundlage entziehen.

Wir wünschen eine Behandlung unserer Resolution durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim.


(Michael Gluch, Vorsitzender SPD-Fraktion)


(Stefan Teppich, Vorsitzender CDU-Fraktion)


(Hans-Joachim Hartmann, Vorsitzender FDP-Fraktion)


(Malik Demir, Forum Neues Raunheim)